

01 **LEITANTRAG 02/II/2012**

02

03

04

05 **Antrag 02/II/2012**

06 **Landesvorstand**

07 **Partizipation und digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt**

08

09 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

10

11 **I. Worum es geht: Eine neue soziale Frage**

12 Die SPD ist die Partei des Fortschritts und der sozialen Ge-  
13 rechtigkeit. Daraus folgt, dass Verteilungsfragen für die SPD  
14 eine zentrale Rolle einnehmen. Wir akzeptieren nicht, dass  
15 eine immer stärkere Akkumulation von Reichtum und wirt-  
16 schaftlicher Macht bei einigen Wenigen stattfindet. Um-  
17 verteilung und Begrenzung wirtschaftlicher Macht sind  
18 damit zentrale Anliegen unserer Politik.

19

20 Traditionell sind die Steuer- und Sozialpolitik die Mittel der  
21 Wahl, wenn es um die Umsetzung dieser Prinzipien geht.  
22 Diese Politikfelder werden auch in Zukunft die zentralen  
23 Bereiche bleiben, womit Sozialdemokratinnen und Sozial-  
24 demokraten sich profilieren müssen.

25 Allerdings müssen wir unsere Perspektive erweitern. Eine  
26 neue soziale Frage – welche die „alten“ Verteilungsfragen  
27 nicht weniger relevant werden lässt - lautet: Wer kontrol-  
28 liert meine Daten? Unter welchen Bedingungen habe ich  
29 Zugang zu Informationen und gesellschaftlicher Teilhabe in  
30 Zeiten zunehmender Digitalisierung des Lebens?

31

32 Dabei handelt es sich im Kern um Verteilungsfragen. Es  
33 geht um die Kontrolle und die Modalitäten der Nutzung von  
34 Daten. Es geht um soziale Teilhabe und Partizipation. Diese  
35 Erkenntnis ist zentral für die SPD. Denn das heißt, dass wir  
36 diese Fragen ins Zentrum unserer Politik rücken müssen.  
37 Der Begriff „Netzpolitik“ umfasst dabei einen Teilbereich  
38 der Thematik, die aber deutlich breiter ist: Es handelt sich  
39 um grundsätzliche Fragen der Gesellschaftspolitik.

40

41 Das Thema hat Bezug zu sämtlichen politischen Ebenen,  
42 von der kommunalen Ebene bis zur europäischen und in-  
43 ternationalen. Die Fragen des Urheber- und Leistungs-  
44 schutzrechts, des Datenschutzes betreffen in erster Linie  
45 die Europa- und Bundespolitik, wohingegen Partizipation  
46 und Teilhabe in der sozialen Stadt Themen für die Berliner  
47 SPD sind. Hier sind der Fragen einer angemessenen Infra-  
48 struktur, des Zugangs zu Informationen und eine entspre-  
49 chende Kompetenzbildung und Strukturierung in der Ver-  
50 waltung zu thematisieren.

51

52 Die Berliner SPD sagt ganz klar: Wir sind die Internetpartei  
53 Berlins! Wir sind die Partei, welche Teilhabe – auch – in der  
54 digitalen Gesellschaft ermöglicht. Wir sagen aber auch ganz  
55 deutlich: Wir wollen alle Menschen mitnehmen. Liquid  
56 democracy und neue, webbasierte Mitbestimmungsmög-  
57 lichkeiten vermögen klassische demokratische Strukturen  
58 zu ergänzen – nicht aber zu ersetzen.

59

60 **II. Konsequenz für Selbstbestimmung und digitale Teilhabe**

61 Medien sind Bestandteil unseres Alltags. Sie sind in allen  
62 Lebensbereichen von Bedeutung und eröffnen Informati-

01 ons- und Kommunikationsmöglichkeiten. Politik ist gefor-  
02 dert, die daraus resultierenden Chancen zu ergreifen und  
03 den Herausforderungen offensiv zu begegnen.  
04 Wir wollen die Entwicklung nutzen, um die Teilhabe und  
05 den Zugang zum Wissen zu erweitern. Dabei ist ein diskri-  
06 minierungsfreier, barrierefreier und einfacher Zugang zu  
07 allen Medien eine grundlegende Voraussetzung, um eine  
08 weitere Spaltung der Gesellschaft zu verhindern.  
09 Wir werden eine umfassende gesellschaftliche Debatte  
10 über die Gewährleistung von Jugend-, Verbraucher- und  
11 Datenschutz sowie die informationelle Selbstbestimmung  
12 im digitalen Zeitalter führen. Der unbeschränkte Zugang  
13 aller Bürgerinnen und Bürger zu Informationen und die  
14 Möglichkeit, Informationen frei verbreiten zu können, und  
15 der Schutz der Privatsphäre sind zentrale Grundrechte.  
16 Angebote für hör- und sehbehinderte Menschen müssen  
17 weiter ausgebaut werden.  
18  
19 Netzneutralität sehen wir als Schlüssel, um einen diskrimi-  
20 nierungsfreien Zugang zum Internet ohne unangemessene  
21 staatliche oder wirtschaftliche Eingriffe sicherzustellen. Wir  
22 setzen uns daher für die gesetzliche Absicherung der Netz-  
23 neutralität ein. Die Einführung von Qualitätsklassen und das  
24 Filtern einzelner Pakete mittels Deep Paket Inspection  
25 lehnen wir ab.  
26  
27 Bei strafrechtlich relevanten Inhalten verfolgt die SPD Ber-  
28 lin den Grundsatz „Löschen statt sperren“. Wir stehen für  
29 starke Bürgerrechte in der digitalen Welt. Netzsperrern  
30 lehnen wir ab.  
31  
32 Wir werden uns konstruktiv in die Debatte um einen zeit-  
33 gemäßen Staatsvertrag für den Kinder- und Jugendmedien-  
34 schutz einbringen.  
35  
36 Das Internet hat enorme Auswirkungen auf die Ordnung  
37 immaterieller Güter und stellt damit die gesamte Gesell-  
38 schaft vor vielfältige Herausforderungen. NutzerInnen sind  
39 heute Produzenten und Konsumenten. Die SPD Berlin för-  
40 dert die Debatte um ein modernes Urheberrecht, indem es  
41 einen fairen Ausgleich zwischen den NutzerInnen, den  
42 KünstlerInnen und ProduzentInnen, die von ihrer Arbeit  
43 leben müssen, und den Rechteinhabern geben muss.  
44 Urheberrechte von Künstlerinnen und Künstlern und Krea-  
45 tiven müssen auch in der digitalen Welt geschützt werden.  
46 Der Schwerpunkt muss dabei auf die gerechte Entlohnung  
47 der Kreativen gelegt werden, deren Interessen nicht unbe-  
48 dingt mit denen der Rechteinhaber wie Verlagen und  
49 Labels übereinstimmen.  
50 Dabei müssen auch neue Konzepte für Vergütungsmodelle  
51 noch genauer geprüft werden.  
52 Das von der schwarz-gelben Bundesregierung geplante  
53 Leistungsschutzrecht für Presseverlage hätte — unabhängig  
54 von dessen konkreter Ausgestaltung — bedenkliche Aus-  
55 wirkungen auf die Interessen Dritter und das Gemeinwohl,  
56 zumal gerade die Kreativen den geringsten Teil etwaiger  
57 Einnahmen erhalten würden. So ist bis heute unklar, wofür  
58 es eines solchen neuen Schutzrechts eigentlich bedarf und  
59 es ist auch nicht zu erkennen, welchen Beitrag dieses zur  
60 Lösung der Probleme bei der Durchsetzung des Urheber-  
61 rechts in der digitalen Welt leisten kann.  
62 Ein solches Leistungsschutzrecht würde zu einer massiven

01 Rechtsunsicherheit, zu erheblichen Einschränkungen der  
02 Kommunikation im Internet und zu einer neuen Abmahn-  
03 welle führen. Es bedarf keiner neuen Schutzrechte, eine  
04 Stärkung der Verfahrensrechte wäre ausreichend und viel  
05 sachgerechter. Gleichzeitig wäre ein solches neues Lei-  
06 stungsschutzrecht von erheblichen „Nebenwirkungen“ be-  
07 gleitet, z.B. auf die Informationsfreiheit oder auch auf die  
08 Grundprinzipien des Netzes. Diese Nebenfolgen sind in  
09 ihrer Reichweite noch nicht ansatzweise diskutiert und  
10 werden von der Bundesregierung und der Koalition  
11 schlichtweg ignoriert.

12

13 Deswegen wollen wir über den Bundesrat eine Initiative  
14 gegen das Leistungsschutzrecht für Presseverleger initiie-  
15 ren.

16

17 Sperrungen von Teilnehmeranschlüssen und Verbindungen  
18 als Strafe z.B. für Urheberrechtsverletzungen ("Three Stri-  
19 kes") lehnen wir ab. Solche Sperrungen schränken die  
20 Kommunikations-, und die Informationsfreiheit massiv und  
21 unverhältnismäßig ein.

22 Der Schutz der Privatsphäre und persönlicher Daten ge-  
23 winnt aufgrund der wachsenden Vernetzung aller Lebens-  
24 bereiche eine zunehmende Bedeutung.

25

26 Das Datenschutzrecht in seiner jetzigen Form wird seinem  
27 ursprünglichen Anspruch nicht mehr vollständig gerecht.  
28 Die SPD Berlin setzt sich in allen Lebensbereichen dafür ein,  
29 dass personenbezogene Daten nur dann für gewerbliche  
30 und andere Zwecke gebraucht werden dürfen, wenn die  
31 Nutzer dies ausdrücklich befürwortet haben. In der Gesetz-  
32 gebung auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene setzen wir  
33 uns für ein konsequentes „opt-in“ für die Nutzung privater  
34 Daten und die strikte Anwendung solcher Regeln in der  
35 Verwaltung ein. Dies gilt insbesondere auch für die Reform  
36 des Meldegesetzes. Wir müssen Regelungen finden die zu  
37 einem zeitgemäßen und durchsetzbaren Datenschutz füh-  
38 ren.

39

40 Die durch eine EU-Richtlinie vorgegebene sechsmonatige  
41 verdachtslose Vorratsspeicherung aller Verbindungsdaten  
42 halten wir für unverhältnismäßig und lehnen sie ab. Wir  
43 setzen uns dafür ein, die EU-Richtlinie abzuschaffen oder  
44 zumindest so zu überarbeiten, dass kein unverhältnismä-  
45 ßiger Eingriff in das Recht auf informationelle Selbstbestim-  
46 mung erfolgt. Es spricht viel dafür, dass die Richtlinie in  
47 ihrer jetzigen Form gegen die EU-Grundrechtecharta und  
48 gegen die Europäische Menschenrechtskonvention ver-  
49 stößt und deshalb ungültig ist.

50

51 Die angeblichen Vorteile einer anlasslosen, generellen  
52 Speicherung von Verbindungsdaten vermögen eine Total-  
53 überwachung nicht zu rechtfertigen: Die Zahl der aufgeklär-  
54 ten Straftaten ist ohne Vorratsdatenspeicherung ebenso  
55 hoch wie mit Vorratsdatenspeicherung. Eine Vorratsdaten-  
56 speicherung erhöht die Aufklärungsquote nicht. Zur Krimi-  
57 nalitätsbekämpfung sind auch ohne eine Totalprotokollie-  
58 rung jeder Benutzung von Telefon, Handy, E-Mail und In-  
59 ternet genügend Verbindungsdaten verfügbar. Sicherheits-  
60 behörden können bei Bedarf eine richterliche Anordnung  
61 beantragen, derzufolge die Verbindungsdaten bestimmter  
62 Verdächtiger aufzuzeichnen sind.

01 Die terroristischen Anschläge in Madrid im Jahr 2004, die  
02 Taten der "Sauerland-Attentäter" 2006 und die Vorberei-  
03 tungen der Düsseldorfer Quaida-Zelle 2011 konnten mit  
04 Hilfe von Verbindungsdaten aufgeklärt werden, die ohnehin  
05 verfügbar waren. Eine Vorratsdatenspeicherung war nicht  
06 erforderlich. Auch ohne Vorratsdatenspeicherung werden  
07 in Deutschland 80% aller bekannt gewordener Internetde-  
08 likte erfolgreich aufgeklärt - von den sonstigen Straftaten  
09 nur 55%.

10

11 Die Berliner SozialdemokratInnen setzen sich für den ge-  
12 setzlichen Schutz von Whistleblowern, die beispielsweise  
13 auf Missstände, Gesetzesverstöße oder Korruption in Orga-  
14 nisationen, Politik und Wirtschaft hinweisen und bewei-  
15 sende Dokumente der Öffentlichkeit zugänglich machen,  
16 ein.

17

### 18 **III. Die digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt ermöglichen**

19

#### 20 **1. Mit Medien souverän und kompetent umgehen**

21 Fähigkeiten zur interaktiven Kommunikation, zur kompe-  
22 tenten Mediennutzung, zur kritischen Auseinandersetzung  
23 mit Medieninhalten sowie Kenntnisse der Produktionsbe-  
24 dingungen sind notwendiges Rüstzeug zu Partizipation und  
25 digitaler Teilhabe. Ein Mehr an Medienkompetenz sowie  
26 gesicherter Daten- und Verbraucherschutz sind erforder-  
27 lich, um sich für die Herausforderungen der Digitalisierung  
28 zu wappnen, und müssen gegenüber oft aktionistisch an-  
29 mutenden Versuchen staatlicher Überwachung und Regle-  
30 mentierung des Netzes den Vorrang genießen.

31 Für die Zukunft wollen wir alle Kräfte bündeln, um die Me-  
32 dienkompetenz zu stärken. Wir wollen, dass gerade für  
33 Eltern, Lehrkräfte, Kinder und Jugendliche z.B. in Bildungs-  
34 und Jugendeinrichtungen das Thema Medienkompetenz  
35 stärker vermittelt wird. Dabei verstehen wir Medienpäda-  
36 gogik als Querschnittsthema in den Bildungsplänen, nicht  
37 als zusätzliches Fach.

38 Deswegen muss Medienpädagogik als Querschnittsaufgabe  
39 auch im Vorbereitungsdienst und bei der Lehrerfortbildung  
40 ebenso wie in den verschiedenen pädagogischen Studien-  
41 gängen und Ausbildungen durchgängig und verbindlich  
42 berücksichtigt werden.

43 Es liegt auch in der Verantwortung der Schule, die Kompe-  
44 tenzen zu vermitteln, die erforderlich sind, um Medien  
45 kritisch zu konsumieren und produktiv in die Arbeits- und  
46 Lebenswelt einbeziehen zu können. Deshalb ist die Compu-  
47 ternutzung erst nach dem Erlernen von Schreiben und  
48 Rechnen zu lehren. Die Schule erreicht wirklich alle Kinder  
49 und Jugendlichen und kann ihnen die Chance bieten, zu  
50 emanzipierten Mediennutzerinnen und -nutzern zu wer-  
51 den. Medienkompetenz ist eng verbunden mit selbstver-  
52 antwortlichen, kooperativen Lernprozessen und damit ein  
53 zentraler Schlüssel, über die Schulzeit hinaus, für ein le-  
54 bensbegleitendes Lernen.

55 In Berlin gibt es zwar Bildungsinitiativen zur Stärkung von  
56 Medienkompetenz wie z.B. den eEducation-Masterplan  
57 und das Landesprogramms Jugendnetz-Berlin.de, es fehlt  
58 jedoch an einem integrierenden Gesamtkonzept, das alle  
59 hier genannten Handlungsfelder einbezieht. Deshalb wird  
60 die Einrichtung eines Rundes Tisches zur Medienkompe-  
61 tenzförderung empfohlen, um ein „Gesamtkonzept Medi-  
62 enkompetenz“ für alle BerlinerInnen zu entwickeln. Die

01 Landesmedienanstalt Berlin-Brandenburg ist dabei einzu-  
02 beziehen.  
03 Technische Geräte und Algorithmen beeinflussen täglich  
04 unser Leben. Um diese zu verstehen und zu nutzen sowie  
05 die jeweiligen Chancen und Herausforderungen selbstbe-  
06 stimmt abzuschätzen, bedarf es eines grundlegenden Wis-  
07 sens. Die SPD Berlin setzt sich deshalb dafür ein, den Infor-  
08 matik-Unterricht an den Berliner Schulen zu stärken.

09

## 10 **2. Freien Zugang zu Wissen und Daten in der Stadt aus-** 11 **bauen**

12 Die SPD Berlin steht für eine offene Gesellschaft und eine  
13 transparente Regierung sowie Verwaltung. Die Bürgerinnen  
14 und Bürger erhalten — unter Beachtung des Datenschutzes  
15 — grundsätzlich freien Zugang zu den vorhandenen Infor-  
16 mationen der öffentlichen Verwaltungen. Die Daten und  
17 Dokumente des Berliner Senats sollen weitestmöglich öf-  
18 fentlich und frei zugänglich sein. Wir wollen aktiv für eine  
19 transparente Verwaltung streiten und uns dafür insbeson-  
20 dere für einen Mentalitätswandel auf allen Ebenen der  
21 Verwaltung einsetzen.

22 Die Verwaltungsprozesse müssen so umgestaltet werden,  
23 dass die Erzeugung aktueller, frei zugänglicher und verläss-  
24 licher Informationen für die Öffentlichkeit integraler und  
25 selbstverständlicher Bestandteil wird. Prozesse der Bürger-  
26 beteiligung zum Beispiel im Rahmen der Raum- und Ver-  
27 kehrsplanung bieten sich dabei als Piloten an.

28 Die Open Data Initiative der auslaufenden Legislaturperiode  
29 muss fortgeführt und die erfolg-reiche Arbeit des Senats  
30 unterstützt und weiter vertieft werden. Darum muss insbe-  
31 sondere das Berliner Informationsfreiheitsgesetz besonders  
32 um proaktive Elemente erweitert werden und somit dem  
33 Beispiel Bremens folgen. Auch Verträge der öffentlichen  
34 Daseinsvorsorge werden im Regelfall veröffentlicht.

35 Darüber hinaus sollten das Amtsblatt sowie das Gesetz-  
36 und Verordnungsblatt digital und in einer freien Lizenz  
37 verfügbar gemacht werden. Die Verkehrsdaten der Berliner  
38 Verkehrsbetriebe sowie anderer Betriebe des Öffentlichen  
39 Personennahverkehrs, mit denen Berlin vertragliche Ver-  
40 einbarung getroffen hat, müssen in Echtzeit und in freien  
41 Formaten und Lizenzen den Bürgerinnen und Bürgern zur  
42 Verfügung gestellt werden.

43 Die Berliner SozialdemokratInnen wollen die Idee von frei  
44 verfügbaren Wissen fördern und unterstützen daher den  
45 Grundsatz von Open Access und Open Educational Res-  
46 sources: Für alle vom Land Berlin finanzierten wissenschaft-  
47 lichen Publikationen gilt ein Zweitverwertungsrecht. Daher  
48 werden auch durch Berlin finanzierte Kultur- und Wissen-  
49 schaftsprjekte bevorzugt die ihre Ergebnisse öffentlich  
50 zugänglich machen. Wir streben ferner einer Bundsratsini-  
51 tiative für offene Daten auf Bundesebene an.

52

## 53 **3. Partizipieren und Berlin transparent machen**

54 Die SPD Berlin treibt eine offeneren und partizipativere  
55 Demokratie voran.

56 Wir setzen uns dafür ein, dass alle Plenarsitzungen sowie  
57 möglichst viele Ausschusssitzungen des Abgeordnetenhaus  
58 öffentlich gestreamt werden. Diese sollen danach On-  
59 Demand mit einer freien Lizenz und in einem offenen For-  
60 mat auf der Seite des Abgeordnetenhauses zur Verfügung  
61 stehen. Als wichtiger Bestandteil der E-Partizipation in  
62 Deutschland haben sich die Online-Petitionen des Deut-

01 schen Bundestages etabliert. Wir fordern auch auf Berliner  
02 Ebene die Einführung von öffentlichen Online-Petitionen  
03 nach dem Vorbild des deutschen Bundestages.

04 Desweiteren schlagen wir die Einführung eines Policy-  
05 Trackers für Berlin vor. Dieser soll es jedem Bürger /jeder  
06 Bürgerin ermöglichen, schnell und einfach zu erfahren  
07 inwieweit in welchem Stadium ein Gesetzgebungsverfahren  
08 angelangt ist.

09  
10 Berlin erhält eine E-Partizipations-Plattform, mit deren Hilfe  
11 Bürgerinnen und Bürger Probleme, Lösungsmöglichkeiten  
12 und Konzepte zur Verbesserung der Lebensqualität dem  
13 Berliner Senat und den Bezirksregierungen vortragen sowie  
14 abstimmen und diskutieren können. Dabei werden die  
15 zuständigen AnsprechpartnerInnen der Verwaltung in das  
16 System eingebunden und langfristig Berliner Open Data  
17 Angebote integriert. Die Internetseiten des Abgeordneten-  
18 haus, des Senats und der Landesbehörden sowie der Be-  
19 zirksvertretungen und Bezirksämter sollen in der kommen-  
20 den Legislaturperiode modernisiert, mobil zugänglich ge-  
21 macht und barrierefrei gestaltet werden.

#### 22 23 **4. Soziale Teilhabe sichern und stärken**

24 Digitale Netze und Kommunikationsnetze sind heute wich-  
25 tige Säulen der sozialen wie wirtschaftlichen Infrastruktur.  
26 Deshalb werden wir in den kommenden fünf Jahren wei-  
27 terhin in die Berliner Infrastruktur und den Aufbau einer  
28 kostenfreien WLAN-Netzes an zentralen Orten vorantrei-  
29 ben.

30 Der Zugang zum Internet ist unumgänglich für eine gesell-  
31 schaftliche und demokratische Teilhabe und wirtschaftli-  
32 ches Wachstum. Berlin benötigt deshalb ein zukunftsfähi-  
33 ges Internet, welches hohe Datenraten überall in der Stadt  
34 ermöglicht und die Ziele der Digitalen Agenda der Europäi-  
35 schen Union erfüllt. Aus diesen Gründen muss der Ausbau  
36 und die Erschließung eines zeitgemäßen flächendeckenden  
37 Netzes durch stadt-eigene Betriebe weiter vorangetrieben  
38 werden.

39  
40 Der Zugang zum Internet ist unserer Sicht ein Bürgerrecht.  
41 Wir setzen uns mittels einer Bundesratsinitiative für eine  
42 angemessene Haftungsfreistellung zugunsten von privaten  
43 und gewerblichen Betreibern offener WLANs ein. Dadurch  
44 könnten BürgerInnen und Unternehmen motiviert werden,  
45 ihre ohnehin vorhandenen Internet-Zugänge über WLAN  
46 allgemein zugänglich zu machen. Derzeit schreckt die un-  
47 klare Rechtslage hierzu mit unkalkulierbaren Haftungsrisi-  
48 ken vor einem solchen Schritt ab. Wir wollen prüfen, in-  
49 wieweit der Senat — nach erfolgter rechtlicher Haftungs-  
50 freistellung — die Öffnung des eigenen WLANs für Dritte  
51 juristisch, logistisch und finanziell fördern kann, um einen  
52 zusätzlichen Anreiz für offene Netze zu setzen.

53  
54 Ohne einen Internet-Anschluss ist heute eine gesellschaftli-  
55 che Teilhabe nicht mehr möglich: Zur Informationsgewin-  
56 nung, zur Arbeitssuche und für den Kontakt mit Behörden.  
57 Wir fordern eine staatlich garantierte digitale Daseinsfür-  
58 sorge, die eine Internet-Grundversorgung und einen Inter-  
59 netzugang für alle, auch für einkommensschwache Bevöl-  
60 kerungsgruppen und BezieherInnen von Arbeitslosengeld II  
61 ermöglicht. Eine flächendeckende Mindestversorgung muss  
62 im Sinne einer Daseinsvorsorge auch in den dünner besie-

01 delten Gebieten ermöglicht werden. Als Berliner SPD unter-  
02 stützen wir die Bemühungen der Bundes-SPD, eine flä-  
03 chendeckende und technologieneutrale Versorgung als  
04 Universaldienst gesetzlich zu verankern.

05

#### 06 **5. Persönliche Daten schützen**

07 Die SPD Berlin setzt sich für einen selbstbestimmten Daten-  
08 schutz ein. Staat und Wirtschaft müssen sparsamer im  
09 Speichern von personenbezogenen Daten werden. Wo die  
10 Gesellschaft und der Staat für seine notwendigen Planun-  
11 gen Daten der Menschen brauchen, müssen sie so schnell  
12 wie möglich anonymisiert werden.

13 Anlasslose Rasterfahndungsmethoden in Betrieben sind  
14 nicht hinnehmbar. Beschäftigte dürfen nicht gezwungen  
15 werden, mehr von ihrer Privatsphäre preiszugeben, als für  
16 das Beschäftigungsverhältnis nötig ist, und müssen sich  
17 ohne Angst vor Nachteilen gegen Eingriffe wehren können.

18

#### 19 **6. Rundfunk digitalisieren**

20 Die Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-  
21 rechtlichen Rundfunk in Deutschland hat uneingeschränkt  
22 Geltung. Gerade bei der fortschreitenden Digitalisierung  
23 und der fortschreitenden Reduzierung von Nachrichten-  
24 agenturen und Redaktionen wird die Rolle der öffentlich-  
25 rechtlichen Rundfunkanstalten immer wichtiger. Dazu  
26 gehört im Internetzeitalter auch ein öffentlich-rechtliches,  
27 digitales, werbefreies Vollangebot im Internet als „dritte  
28 Säule“.

29 Wir sprechen uns gegen das Depublizieren, also das Lö-  
30 schen von eigenproduzierten Inhalten des Öffentlich-  
31 Rechtlichen Rundfunks aus. Die von den Bürgerinnen und  
32 Bürgern bezahlten Inhalte müssen dauerhaft und digital zur  
33 Verfügung stehen.

34 Die Menschen in Deutschland konsumieren Medien heute  
35 immer mehr über das Internet. Es ist also nur konsequent  
36 und richtig, wenn der Öffentliche-Rechtliche Rundfunk  
37 seine Inhalte, dem Medium Internet angepasst, auch digital  
38 verbreitet. Jede diesbezüglich geforderte Einschränkung  
39 lehnen wir ab. Im Gegenteil: Bereits getätigte Einschrän-  
40 kungen sind rückgängig zu machen. Digitale Projekte wie  
41 Mediatheken und Apps des Öffentlich-Rechtlichen Rund-  
42 funks unterstützt die Berliner Sozialdemokratie ausdrück-  
43 lich.

44

#### 45 **7. Berlin effizient verwalten**

46 Eine moderne Verwaltung braucht eine moderne IT-  
47 Strategie, die den Bürgerinnen und Bürgern sowie der  
48 Wirtschaft eine optimale Kommunikation mit den Behör-  
49 den garantiert, dabei effektiv, kostengünstig, sicher und  
50 unabhängig ist.

51 Darum verfolgt die SPD Berlin das langfristige Ziel, eine  
52 Umstellung auf freier Open Source Software für die Verwal-  
53 tung durchzuführen, wie sie beispielsweise die Stadt Mün-  
54 chen seit nun mehr zehn Jahren erfolgreich betreibt. Neue  
55 Software-Lösungen, welche für die Berliner Verwaltung  
56 eigens entwickelt werden, sollen dann auf freien Lizenzen  
57 aufbauen. Auch unter Sicherheitsaspekten sind Open Sour-  
58 ce Produkte, die auf vielfach geprüfem, offenem Quelltext  
59 basieren, den proprietären mitunter überlegen. Alle Soft-  
60 ware-Lösungen in der Verwaltung Berlins sollen Offene und  
61 Freie Standards bzw. Dateiformate verwenden, um bei der  
62 Wahl der eingesetzten Software möglichst flexibel zu sein

01 und Abhängigkeiten von Anbietern und Plattformen zu  
02 vermeiden.  
03 Kleinere Einheiten arbeiten gerade im IT-Bereich in vielen  
04 Fällen günstiger, weil sie zielgenau die jeweils benötigten  
05 Leistungen am Markt ankaufen können und oftmals die  
06 Schwellenwerte für komplexe und zeitraubende Ausschrei-  
07 bungen unterschreiten. Wir wollen deshalb prüfen, ob  
08 kleinere IT-Stellen in der Landesverwaltung schnellere,  
09 flexiblere und kostengünstigere Lösungen anbieten können,  
10 die sich deutlich besser an den Anforderungen der jeweili-  
11 gen öffentliche Aufgabe orientieren und die Haushalte des  
12 Landes und seiner Einrichtungen schonen.

13  
14 Die Interoperabilität ist gerade bei dezentralem IT-Betrieb  
15 von erheblicher Bedeutung; auch dies unterstreicht die  
16 Notwendigkeit offener Standards und die Vorteile von  
17 Open-Source-Lösungen. Die Trennung von IT-Service und  
18 Sachaufgaben muss überwunden werden. Die Entschei-  
19 dung, ob Haushaltsmittel für Informationstechnik, sonstige  
20 Sachmittel oder Personal eingesetzt werden, werden dem  
21 Subsidiaritätsgrundsatz folgend auf möglichst tiefer Verwal-  
22 tungsebene getroffen, um die jeweiligen Verwaltungsauf-  
23 gaben bei knappen Mitteln möglichst effizient und leis-  
24 tungsfähig versehen zu können.

#### 25 26 **8. Politik zur digitalen Teilhabe („Netzpolitik“) in Berlin** 27 **organisatorisch verankern**

28 Politik für Partizipation und digitale Teilhabe in der Gesell-  
29 schaft ist längst Querschnittsthema. Es geht um Vertei-  
30 lungsfragen, und damit im Kern um Gesellschaftspolitik.  
31 Wie auch in diesem Programm ersichtlich, sind nahezu  
32 sämtliche Senatsverwaltungen auf unterschiedliche Art und  
33 Weise von den angesprochenen Fragestellungen betroffen.  
34 Dieser wachsenden Bedeutung von Politik zur digitalen  
35 Teilhabe („Netzpolitik“) gilt es durch einer entsprechenden  
36 organisatorischen Verankerung in der Senatsverwaltung  
37 Rechnung zu tragen.

38  
39 So erscheint uns die Anerkennung von Netzpolitik als ei-  
40 genständige, auch in der Bezeichnung als solche ersichtli-  
41 che Ressortzuständigkeit ein nicht nur, aber auch symbo-  
42 lisch wichtiger Schritt. Berlin wäre damit die erste Landes-  
43 regierung die über einen explizit als solches ausgewiesenen  
44 Referenten für Netzpolitik zur Verfügung hätte. Wir begrü-  
45 ßen das diesbezügliche Tätigwerden der Senatskanzlei.  
46 Neben der Einrichtung einer klaren politischen Zuständig-  
47 keit bedarf es auf operativer Ebene in Partei und Fraktion  
48 des Aufbaus von Kompetenzen zur Umsetzung der in die-  
49 sem Antrag genannten Politiken zur digitalen Teilhabe. Dies  
50 soll nicht nur die Durchführung und interne wie externe  
51 Kommunikation der in diesem Antrag skizzierten Projekte  
52 ermöglichen, sondern auch die Verankerung der Inhalte in  
53 Partei und Gesellschaft in ihrer ganzen Relevanz verdeutli-  
54 chen.

#### 55 56 **9. Wirtschaftliche Chancen durch Digitale Teilhabe er-** 57 **schließen**

58 Berlin hat sich in den letzten Jahren zu einem Zentrum der  
59 europäischen Start-Up und Web-Szene entwickelt. Dieses  
60 Potenzial für Innovationen, Arbeitsplätze und weitere Un-  
61 ternehmen muss durch die SPD unterstützt werden, denn  
62 wir stehen erst am Anfang einer dynamischen Entwicklung.



01 Darum wird sich Berlin für die Interessen der Medien- und  
02 Kreativwirtschaft auf allen Ebenen einsetzen, um die best-  
03 möglichen Rahmenbedingungen für deren positive Entwick-  
04 lung herbeizuführen.

05 Wir werden den Einheitlichen Ansprechpartner so weiter-  
06 entwickeln, dass er auch in diesem Bereich kompetente  
07 Hilfestellung leisten kann.

08

09 **10. Beteiligungs- und Kommunikationsmöglichkeiten der**  
10 **Berliner SPD weiterentwickeln**

11 Die Berliner SPD will die Beteiligungs- und Kommunikati-  
12 onsmöglichkeiten für Mitglieder und Bürgerinnen und  
13 Bürger erweitern. Dazu streben wir an, Anträge und inhalt-  
14 liche Positionierungen auch verstärkt webbasiert basisde-  
15 mokratisch diskutieren und weiterentwickeln zu lassen.

16 Ergebnisse können dann in die Antragsberatungen über-  
17 nommen werden. Dazu wird die Berliner SPD, wenn immer  
18 möglich, Anträge ins Netz stellen und Diskussions- und  
19 Bearbeitungsmöglichkeiten eröffnen.

20 Relevante Ereignisse wie Parteitage sollen live im Netz  
21 übertragen und kommentiert werden („streaming“) kön-  
22 nen.

23 Das Internetangebot wird weiter ausgebaut und partizipativ  
24 angelegt. Damit wollen wir auch die Orts- und Zeitunab-  
25 hängigkeit verbessern, um die Teilhabe für Menschen mit  
26 eingeschränkter Mobilität oder geringeren zeitlichen Re-  
27 serven zu verbessern. Ferner wollen wir so die Hemm-  
28 schwellen, welche einen Einstieg in das teilweise von for-  
29 malen Abläufen geprägte Parteileben erschweren, senken  
30 und die Partei für neue Zielgruppen öffnen.

31

32 Denn für die SPD Berlin gilt: Wir wollen Partizipation und  
33 digitale Teilhabe in der Sozialen Stadt ermöglichen. Wir  
34 haben erkannt, dass es sich dabei um eine Verteilungsfrage  
35 handelt. Wir bekräftigen unseren Anspruch, die Internet-  
36 partei Berlins zu sein. Wir wollen neue Beteiligungsformen  
37 einführen, sagen aber auch ganz deutlich: Diese können die  
38 traditionellen demokratischen Partizipationsformen nur  
39 ergänzen, nicht ersetzen.

40

41

42

43

44

45

46

47

48

49

50

51

52

53

54

55

56

57

58

59

60

61

62